



Dietmar Danz
✉ Nußbaumstraße 44
53359 Rheinbach
☎ 02225 7089682
@ info@dietmar-danz.de
🏠 www.dietmar-danz.de
f facebook.com/
Dietmar Danz

Rede anlässlich der Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2016 mit Haushaltssicherungskonzept 2017 - 2026 am 04.04.2016

Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und -kollegen,
meine Damen und Herren,

zuerst will ich Dank sagen dem Stadtkämmerer, Herrn Kohlosser, und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Arbeit, die in der Aufstellung des Haushaltes und seines Haushaltssicherungskonzeptes stecken. Dass wir Sozialdemokraten uns den Entwurf früher und in Teilen anders gewünscht hätten, ändert nichts daran, dass viele Arbeitsstunden nötig waren, uns die Beratungen und die Entscheidung überhaupt zu ermöglichen. Allen Beteiligten herzlichen Dank.

Der Rat der Stadt Rheinbach entscheidet heute über den Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2016 und das Haushaltssicherungskonzept 2017 bis 2026. Der Haushalt ist gekennzeichnet durch eine statische Fortschreibung bekannter Zahlen und Annahmen. Perspektiven zur nachhaltigen Entwicklung unserer Stadt fehlen.

Wie sehen die finanziellen Eckdaten von Rheinbach unter der Verantwortung von Herrn Bürgermeister Raetz aus? Seit der Eröffnungsbilanz vom 1.1.2009 wurde das Eigenkapital der Stadt in nur 8 Jahren mehr als halbiert. Von rund 103 Millionen EUR am Jahresanfang 2009 wird das Eigenkapital bis Ende 2016 auf rund 43 Millionen EUR sinken. Dies bedeutet einen Eigenkapitalverzehr in 8 Jahren von fast 60 %. Aber damit ist noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht. 2020 wird das Eigenkapital ausweislich der Finanzplanung nur noch 30 Millionen EUR betragen. Im Jahr der Kommunalwahl 2020 treten Sie, Herr Bürgermeister, und die haushaltstragenden Fraktionen von CDU und FDP mit ihrer Leistungsbilanz dann vor die Wählerinnen und Wähler und erklären: Wir haben uns stets bemüht, aber es hat nicht gereicht. Wir haben zwar rund 70 % unseres Eigenkapitals verbrannt und uns fehlen rund 73 Millionen EUR in der Kasse. Aber bitte wählt uns wieder, weil wir ja so gut mit Geld umgehen können. Nein, Herr Bürgermeister, nein liebe Fraktionen von CDU und FDP: Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen! Wir werden immer wieder Ihre Verantwortlichkeit betonen.

Und, meine Damen und Herren, weil wir gerade so nett über das Jahr 2020 sprechen, muss ich auch einige Ausführungen zur Entwicklung der Liquiditätskredite machen. Dass Rheinbach Spitzenreiter im Land ist bei der Pro-Kopf-Verschuldung, nehmen die haushaltstragenden Fraktionen von CDU und FDP ja nur noch achselzuckend zur Kenntnis. Der Liquiditätsbedarf betrug Ende 2015 rund 56,5 Millionen EUR und wird bis 2020 auf rund 70 Millionen EUR steigen. Im Klartext: Bei jeder Rheinbacher Bürgerin und bei jedem Rheinbacher Bürger stehen Sie, Herr Bürgermeister, und Sie, liebe haushaltstragenden Fraktionen von CDU und FDP, mit rund 2.600 EUR in der Kreide, weil Sie das städtische Girokonto um 70 Millionen EUR überzogen haben. Wahrlich eine stramme Leistung. Und wenn ich die Belastungen aus den Investitionskrediten hinzurechne, verschlimmert sich dieses desaströse Bild um ein Vielfaches.

Auch die Gemeindeprüfungsanstalt kommentiert diese Risiken und weist darauf hin, dass die Zinslastquote im interkommunalen Vergleich überdurchschnittlich sei. Es besteht wegen des hohen Bestandes an Liquiditätskrediten deshalb ein erhöhtes Risiko zukünftiger Zinsänderungen, das durch die Stadt Rheinbach zusätzlich kompensiert werden müsste. Rheinbach hat deutlich überdurchschnittliche Verbindlichkeiten je Einwohner (Kernhaushalt) und befindet sich damit bei den 25 Prozent der Kommunen mit den höchsten Verbindlichkeiten des Kernhaushaltes. Im aktuellen interkommunalen Vergleich gibt es nur drei Kommunen, die höhere Verbindlichkeiten je Einwohner haben. Die Verbindlichkeiten liegen sogar über dem Mittelwert der Gesamtverbindlichkeiten je Einwohner der anderen Städte im interkommunalen Vergleich.

Und, meine Damen und Herren, neben diesen monetären Aspekten müssen auch die Risiken benannt werden, die die Stadt im Zusammenhang mit dem örtlichen Freizeitbad belasten. Ich könnte es mir sehr einfach machen und auch hier auf die Ausführungen der Gemeindeprüfungsanstalt verweisen. Die Befürchtungen, die die SPD in vielen Diskussionen hier formuliert hat, wurden von einer Mehrheit in diesem Haus ignoriert und beiseite gewischt. Augen zu und durch. Doch diese Naivität und Blauäugigkeit wird sich rächen. Die Argumente gegen eine Schlechterstellung der Stadt im Verhältnis zur Betreibergesellschaft, die die SPD immer wieder deutlich vorgetragen hat, finden sich nun nahezu 1 : 1 im aktuellen Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt wieder. Die Stadt erhält nur noch eine marginale Pacht, die, siehe hierzu die aktuellen Zahlen im Entwurf des Haushaltes, stets weiter abnimmt. Die Änderung des Pachtvertrages ab 2013 wegen gesunkener Umsätze war das Einfallstor, um die Pacht deutlich abzusenken und mögliche Risiken im Falle einer Insolvenz des Betreibers bis hin zu möglichen Verlustausgleichen im Falle eines weiteren Umsatzrückganges auf die Stadt zu übertragen. Die jährliche Gesamtbelastung des Haushaltes, vor allem Abschreibungen und Zinsbelastungen, betragen rund 1,2 Millionen EUR. Und im Zuge baulicher Unterhaltung wurde bspw. auch eine Dachsanierung für 1,2 Millionen EUR vorgenommen. Der Bau des Wellnesshauses wurde zwar durch die Monte Mare GmbH vorgenommen, das Wellnesshaus ist allerdings bei der Stadt bilanziert und trägt damit den Abschreibungsaufwand. Und die Stadt bürgt für Kredite in Höhe von rund 3,5 Millionen EUR.

Ja, meine Damen und Herren aus CDU und FDP: Das Schwimmbad belastet den städtischen Haushalt in hohem Maße. Und tendenziell ist das Risiko vorhanden, dass zukünf-

tig die Belastungen eher steigen denn sinken werden. Das Stichwort „Badewelt Euskirchen“ sei beispielhaft genannt und auch auf das qualifizierte Konzept zur Positionierung des Bades im regionalen Umfeld, wie damals von der Verwaltungsführung blumig angekündigt, warten wir vergebens. Und was erleben wir auf der Verwaltungsbank bei dem Thema Freizeitbad: Ganz viel Verbalakrobatik, ein bunt bedrucktes sogenanntes Strategiepapier, das nicht ansatzweise Antworten auf die drängenden Fragen zur Zukunft des Bades gibt. Krisenmanagement der besonderen Rheinbacher Art.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

der aktuelle Haushaltsentwurf ist zum einen gekennzeichnet durch stetig steigende Einnahmen. Im Vergleich zum Haushaltsplan 2015 steigen die Einnahmen durch die Beteiligung an der Umsatzsteuer um 14,6 %, an der Einkommensteuer um 5,8 %. Auch bei fast allen anderen Steuereinnahmen sind Steigerungen von 3,1 % bis 9,3 % eingeplant. Lediglich die Einnahmen aus der Sexsteuer stagnieren. Ein Einnahmeproblem hat Rheinbach gegenwärtig also nicht.

Zum anderen ist der Haushaltsentwurf auf der Ausgabenseite gekennzeichnet durch hohe finanzielle Aufwendungen, die Rheinbach – und viele andere Kommunen auch – im Zuge der Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden aufbringen muss. Dies ist zweifelsohne eine große kommunale und finanzielle Herausforderung. Deshalb gilt es auch an dieser Stelle Dank zu sagen, für das große Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, die Herausforderungen gemeinsam zu stemmen. Und auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung gebührt unser Dank, die täglich mithelfen, die zu uns kommenden Menschen angemessen unterzubringen und zu betreuen. Ganz herzlichen Dank!

Diese aktuell herausfordernde Situation war Anlass für die SPD-Fraktion, den Vorschlag zu unterbreiten, in interfraktionellen Gesprächen auszuloten, ob es eine gemeinsame breite Mehrheit für die Verabschiedung des Haushaltes geben könnte. Dazu wird es nicht kommen, wie wir nach der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses wissen. Gespräche in Augenhöhe waren es im Übrigen auch nicht. Dies habe ich bereits im Finanzausschuss dargelegt. Wenn man sich erstmals rund 4 Wochen nach Einbringung des Haushaltes auf einen Termin verständigen kann und für das Zeitfenster maximal 45 Minuten vorsieht, kann man schon an diesen Äußerlichkeiten erkennen, mit welcher Ernsthaftigkeit die haushaltstragenden Fraktionen in das Gespräch gegangen sind. Wenn dann noch die beiden Vertreter der CDU in diesem Gespräch mit einem leeren Blatt vor mir sitzen und mir erklären, ein Verhandlungsmandat hätten sie nicht und ihre Aufgabe bestünde nur darin, die Vorschläge der anderen Fraktionen zu notieren, dann spricht das für sich. Auch das wenige Tage vor der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses geführte Gespräch führte zu keinem anderen Ergebnis. Das Fazit des CDU-Fraktionsvorsitzenden war bezeichnend: Wir, die CDU, haben bis 2020 mit der FDP eine Mehrheit und setzen unsere Politik durch. Die Vorschläge der SPD hätten keine Chance auf Umsetzung. Der Wähler werde 2020 entscheiden, welche Politik danach mit welcher Mehrheit verwirklicht werden könne.

Damit, meine Damen und Herren, hat Herr Beißel formal zweifelsohne Recht. Nur es besagt aber auch etwas über das Denken und das Kommunikationsniveau in diesem Haus. Gerade in der Kommunalpolitik sollte es doch möglich sein, sich auf einander zuzubewegen. Das ist jedoch nicht gewollt, und so wird die CDU mit ihrem mathematischen Anhängsel FDP weiterhin mehrheitlich Politik nach ihrem Gutdünken machen. Die Arroganz der Macht lässt grüßen!

Auch wenn die SPD-Fraktion dem Haushalt 2016 nicht zustimmen wird, meine Damen und Herren, sage ich klar und unmissverständlich: Die SPD steht zu den bisher einmütig getroffenen Vereinbarungen zur Unterbringung und Betreuung der in Rheinbach Zuflucht suchenden Menschen. Wir stehen zu den eingegangenen monetären Verpflichtungen, auch wenn wir den Gesamthaushalt ablehnen werden.

An dieser Stelle muss ich aber auch ein Wort zur Finanzierung der Unterbringungskosten und der zwiespältigen Rolle sagen, die hier Herr Bürgermeister Raetz spielt. Es ist unstrittig und politischer Konsens über alle Parteigrenzen hinweg, dass deutlich mehr Geld für die Unterbringung und die Integration der Flüchtlinge bereitgestellt werden muss. Ich habe aber überhaupt kein Verständnis dafür, dass Sie, Herr Raetz, mit dieser Forderung nicht alle staatlichen Ebenen ansprechen. Als CDU-Bürgermeister kennen Sie politisch motiviert bei Ihren regelmäßig versendeten Serienbriefen anscheinend nur Adressaten in Nordrhein-Westfalen. Unstrittig federführend für die Zuwanderungspolitik ist jedoch Berlin. Ob, wie viele und wie schnell Flüchtlinge nach Deutschland und damit auch nach Nordrhein-Westfalen kommen, entscheidet nicht die Landesregierung in Düsseldorf, sondern ausschließlich die Bundesregierung unter Kanzlerin Merkel. Sich verbal humanitär zeigen ist recht einfach, die Länder und Kommunen dann aber auf den Kosten sitzen zu lassen, ist unredlich. Das Land NRW zahlt in diesem Jahr rund 4 Milliarden EUR für die Kosten rund um die Flüchtlinge. Daran beteiligt sich der Bund als hauptmaßgebliche Ebene lediglich mit rund 800 Millionen EUR. Und es ist mir auch unverständlich, dass Sie, Herr Raetz, die zwischen dem Land und den kommunalen Spitzenverbänden abgeschlossene Vereinbarung ständig in Frage stellen, einer Vereinbarung, an der Sie als Mitglied im Präsidium des Städte- und Gemeindebundes mitgewirkt haben. Hören Sie endlich auf, die Öffentlichkeit über ihre Rolle zu täuschen! Schreiben Sie Briefe nach Berlin, und wir sind an Ihrer Seite!

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

die SPD-Fraktion macht mit ihren Begleitanträgen zum Haushalt 2016 deutlich, wo sie die Defizite im Haushaltsvollzug sieht. Denn zu einer tiefergehenden Bewertung und Standortbestimmung kommunaler Finanzpolitik gehören ergänzende Informationen, die dieser Haushalt nicht liefert. Standortbestimmung setzt Kennzahlen voraus! Erst Kennzahlen ermöglichen einen interkommunalen Vergleich! Wie schlecht ist es um Rheinbach bestellt? Warum sind vergleichbare Kommunen deutlich besser aufgestellt? Genau diese Zahlen fehlen, um sie belastbar bewerten zu können, um interkommunale Vergleiche anstellen zu können. Nur so wäre es möglich, mit den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt einen transparenten Dialog zu führen und erklären zu können, warum auch eventuell eine Erhöhung der Hebesätze zur Verbesserung der Haushaltssitu-

ation ein Instrument sein kann. Aber hier tritt die Verwaltungsführung auf der Stelle; es bewegt sich nichts.

Und, meine Damen und Herren, die Forderung ‚Kein Ziel ohne Kennzahl‘ ist keine Erfindung der SPD. Der aktuelle Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt schreibt der Verwaltungsführung und den haushaltstragenden Fraktionen zum wiederholten Male ins Stammbuch, wie unzureichend in Rheinbach die Leitungsebene mit dem Thema Transparenz, Controlling und unterjährige Kommunikation über haushaltsrelevante Entwicklungen umgeht. Rheinbach hat bisher wenige Ziele und Kennzahlen im Haushalt, die zu Steuerungszwecken genutzt werden können. Zudem fehlen ein Controlling und ein Berichtswesen. Sie, liebe haushaltstragenden Fraktionen, zelebrieren immer ihre strategischen Ziele als gelungenen Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Stadt. Nur es fehlen jegliche Messgrößen zur Bestimmung der Zielerreichung. Und im Übrigen stellt sich die Frage, denn das verschweigen CDU und FDP dann ja auch gerne: Warum gibt es kein strategisches Ziel zur finanziellen Gesundung unserer Stadt? Völlige Fehlanzeige, keine Aussage zum Thema Finanzen. Ist schon auffällig, meine Damen und Herren von CDU und FDP! Politisch nicht gewollt, weil dann deutlich würde, dass kommunale Leistungen in anderen Städten besser und kostengünstiger erbracht werden und die Rheinbacher Haushaltsmisere in großen Teilen hausgemacht ist.

Und auch heute wird keine Beratung der SPD-Anträge zu diesem Themenkomplex stattfinden, obwohl sie beschlussreif auf dem Tisch liegen. Sie werden in Fachausschüsse zur weiteren Beratung verwiesen und werden dann von der Verwaltungsführung verwässert, wenn sie nicht dort versanden, und tauchen dann irgendwann, kaum noch wiederzuerkennen, als weichgespülte Beschlussempfehlung auf: ‚Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen‘. So wird in Rheinbach der christdemokratische Einheitsbrei von Verwaltungsführung und CDU-Ratsfraktion angerührt.

In die gleiche Richtung für mehr Kostentransparenz und -klarheit zielt auch unser Antrag, dass kommunale Gebäudemanagement endlich neu und zentral zu organisieren. Zum wiederholten Male kritisiert die Gemeindeprüfungsanstalt die Zersplitterung in einen kaufmännischen und einen technischen Bereich, der unterschiedlichen Fachbereichen zugeordnet ist. So kann ein Immobilienbestand, der einen großen Teil des städtischen Anlagevermögens ausmacht, nicht optimiert gesteuert werden. Und wenn es noch einer zusätzliche Begründung bedarf, dann sei der Hinweis erlaubt, dass die Verwaltung im Rahmen der Prüfung durch die Gemeindeprüfungsanstalt nicht in der Lage war, für alle städtischen Gebäude valide Flächenangaben (in Bruttogrundflächen BGF) liefern zu können. Da steht man dann sprachlos und staunend davor und fragt sich: Wie haben die ihre NKF-Eröffnungsbilanz hinbekommen? Welchen Aussagewert hat die Bilanz überhaupt? Und deshalb passt es ins Bild, dass die Gemeindeprüfungsanstalt, nicht nur bei diesem Thema, zum wiederholten Male erheblichen Handlungsbedarf anmahnt. Wir werden sehen, ob auch dieses Thema, es wäre nicht zum ersten Mal, an der Behäbigkeit und Beharrlichkeit der Rheinbacher Verwaltungsführung abprallen wird.

Mit einem weiteren Antrag verfolgt die SPD-Fraktion das Ziel, dass alle Menschen angemessenen und bezahlbaren Wohnraum finden können. Dies ist und bleibt eine

Hauptforderung sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Leider finden Neubauten im sozialen Wohnungsbau nicht mehr oder kaum noch statt. Der dringende Bedarf an preiswertem Wohnraum in Rheinbach ist von der SPD-Fraktion in einer Vielzahl von Anträgen dargelegt worden und muss hier nicht wiederholt werden. Rheinbacher Verwaltungsmühlen mahlen bekanntermaßen sehr langsam und so wurde die letzte Initiative der SPD aus April 2015 endlich im Rat im Dezember 2015 behandelt. Und jetzt soll mit externer Hilfe ein „Handlungskonzept Wohnen 2030“ erstellt werden. Die SPD unterstützt diesen Beschluss, aber Ergebnisse werden voraussichtlich erst im Herbst 2016 vorliegen. Doch jetzt ist der Handlungsdruck in Rheinbach und der Region gegeben.

Die Zahl der Wohnungssuchenden und die Anzahl der unterzubringenden Asylsuchenden werden rapide steigen. Wir werden Wohnraum für die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen, angefangen von Fachkräften, Familien, sozial schwach gestellten Personen, Flüchtlingen usw. in unterschiedlichen Wohnformen anbieten müssen. Im Rahmen einer kommunalen Wohnraumoffensive müssen Schritte zu einem vielfältigen, attraktiven Wohnangebot in Rheinbach eingeleitet werden. Dabei ist es für eine zukunftsorientierte Entwicklung wichtig, auf eine soziale Durchmischung in den Wohnquartieren zu achten.

Herr Bürgermeister,
meine Damen und Herren,

der Haushalt 2016 wird, so konnten wir es den Ankündigungen und den Beiträgen von UWG und Grünen im Haupt- und Finanzausschuss erfahren, wohl auch von diesen beiden Fraktionen mitgetragen. Wir werden die Begründungen ja gleich noch hören, doch bisher hat die SPD deren Argumentation nicht schlüssig überzeugt.

Die UWG hat in diesem Jahr insbesondere die Hunde in Rheinbach entdeckt, um mit einer Änderung der Hundesteuersatzung zur Gesundung des Rheinbacher Haushaltes beizutragen. Viel ist im Ergebnis nicht herausgekommen. Eine Zählung aller Rheinbacher Hunde fand bei der CDU keine Zustimmung. Herausgekommen ist dank des Entgegenkommens der CDU eine moderate Erhöhung beim Rheinbacher Zweithund: 10 EUR sind es letztlich geworden. Ausweislich der Unterlagen der Verwaltung gibt es in Rheinbach 314 Besitzer, die einen Zweithund angemeldet haben. Also, es ist ganz einfach zu berechnen: Die Bemühungen der UWG haben zu einer Haushaltsverbesserung von 3.140 EUR beigetragen. Für diesen überschaubaren Betrag wird die Zustimmung der UWG wohl zu bekommen sein.

Monetär betrachtet haben die Grünen mit der CDU deutlich besser verhandelt. Der Haushaltstitel zur Unterhaltung kommunaler Straßen, Wege, Plätze und Parkplätze in Rheinbach wird um 52.000 EUR auf 660.000 EUR gesenkt. Damit bleibt das Straßen- und Wegenetz weiterhin marode, und zusätzliche Radwege werden auch nicht gebaut. Aber es ist ein Erfolg, der reicht, um dem Haushalt zuzustimmen.

Der Haushaltsplan soll Weichen für die Zukunft unserer Stadt stellen. Davon ist er noch sehr weit entfernt. Die SPD-Fraktion wird dem vorliegenden Haushaltsentwurf heute ihre Zustimmung nicht geben. Gleichwohl sind unsere Begleitanträge ein Angebot an die haushaltstragenden Fraktionen und an den Bürgermeister zur konstruktiven Zu-

sammenarbeit. Wir verbinden damit die Erwartung, dass unsere Vorschläge, die wir als Opposition auch zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen in unserer Stadt gemacht haben und machen werden, ebenso konstruktiv aufgenommen werden.

Wir Sozialdemokraten wollen für Rheinbach auch finanziell noch eine Zukunft haben. Rheinbach ist eine lebenswerte und liebenswerte Stadt. Wir haben das Glück, in einem wunderschönen Umland zu leben, mit unseren Dörfern, eingebettet in die herrliche Landschaft, mit einem historischen Stadtkern, den es zu erhalten gilt, und um den uns so manche Kommune beneiden wird. Hierdurch wird die Lebensqualität dieser Stadt geprägt. „Rheinbach in guten Händen“ ist der Wahlspruch der örtlichen CDU. Doch das gilt wahrlich nicht für die kommunalen Finanzen. Rheinbach wird geprägt vor allem auch von den hier lebenden Menschen, von der Vielfalt der kulturellen Aktivitäten in den Dörfern und der Kernstadt, von dem Leben in den zahlreichen Vereinen und den vielfachen ehrenamtlichen Tätigkeiten unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Dies gilt es auch für die Zukunft zu sichern und zu erhalten, auch für unsere Kinder und Enkel. Doch der vorliegende Haushaltsentwurf bietet hierfür leider keine Grundlage.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.